



Montag, 24. Februar 1975

Blatt 440

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

4,5 Millionen für Arbeiten in öffentlichen Parks
Fast 20 Millionen für Mülltonnen
Schutzzone in Kalksburg
Vorverkaufsfahrscheine bei den Verkehrsbetrieben
immer mehr gefragt
Landesgesetzblatt mit neuem Garagengesetz
Am Freitag Landtag und Gemeinderat
Klub der Handelsräte war im Rathaus
Parkgebühren und Garagenförderung

Sport:
(grün)

Wiens "starke Männer" bekommen Stemmer-Zentren

Wirtschaft:
(blau)

Für Abbau der Bevorzugung ortsansässiger Betriebe
Diskussion um Vergnügungssteuer und Getränkesteuer

Kommunal
international:
(rosa)

Verkehrsplanung für den Raum Berlin

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

4,5 millionen fuer arbeiten in oeffentlichen parks

1 wien, 24.2. (rk) fuer umgestaltungs- und reparaturarbeiten in zahlreichen wiener gartenanlagen bewilligte der gemeinderatsausschuss fuer umwelt und oeffentliche einrichtungen zwei millionen schilling.

1,5 millionen kostet die staubfreimachung - spielplaetze und wege werden mit einem festen belag versehen - in staedtischen parkanlagen. je eine halbe million wird fuer gaertnerische arbeiten am donaukanal sowie fuer baumpflanzungen in verschiedenen strassen ausgegeben. (hs)

0916

fast 20 millionen fuer muelltonnen

2 wien, 24.2. (rk) fuer den kauf neuer muelltonnen werden rund 19,4 millionen schilling zur verfuegung gestellt, beschloss der gemeinderatsausschuss fuer umwelt und oeffentliche einrichtungen.

1.500 muellbehaelter mit einem fassungsvermoege von je 1,1 kubikmeter, nahezu 900 muellgefaesse zu je 770 liter sowie 3.800 kunststoffmuelltonnen zu je 220 liter werden benoetigt, um den betrieb der muellabfuhr im gewohnten umfang zu garantieren. (hs)

0917

k o m m u n a l :

=====

schutzzone in kalksburg

3 wien, 24.2. (rk) im bereich des kirchenplatzes von kalksburg wurde nun eine schutzzone geschaffen. dies hat der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr in seiner letzten sitzung beschlossen. dabei wurde fuer das gesamte gebiet zwischen breitenfurter strasse, zichygasse, promenadeweg, pfeiffersteg und der stadtgrenze eine aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes vorgenommen, durch die unter anderem das areal des liesingbaches und des kaltenleutgebenbaches in den wald- und wiesenguertel aufgenommen wird, um einen maximalen schutz vor unerwuenschter verbauung zu gewaehrleisten. (gt)

0918

k o m m u n a l :

=====

vorverkaufsfahrscheine bei den verkehrsbetrieben immer mehr gefragt

4 wien, 24.2. (rk) die wiener greifen immer mehr zu verbilligten vorverkaufsfahrscheinen und netzkarten. das gab stadtrat franz nekula im gemeinderatsausschuss fuer die stadtwerke bekannt. so hat der verkauf der tagesfahrscheine um etwa 35 prozent abgenommen, waehrend der vorverkauf um 46 prozent gestiegen ist. bei den kindertagesfahrscheinen konnte ein 24prozentiger rueckgang, jedoch bei kindervorverkaufsfahrscheinen ein 96prozentiger anstieg verzeichnet werden.

die frueheren wochenstreckenkarten und jetzigen wochen-netzkarten haben insgesamt um 4,8 prozent zugenommen, wobei die neueingefuehrte 7-tage-netzkarte den ausschlag gibt.

als besonderer hit ist die um mehr als 100 prozent verbilligte monatsnetzkarte zu bezeichnen. im jaenner wurden 20.000 stueck verkauft, 50 mal so viel wie vor einem jahr. (sti)

0919

k o m m u n a l :

=====

Landesgesetzblatt mit neuem garagengesetz

8 wien, 24.2. (rk) das 5. stueck des landesgesetzblattes fuer wien enthaelt das gesetz vom 22. november 1974, mit dem das wiener garagengesetz geaendert wird. die neuen bestimmungen des gesetzes treten am 1. maerz in kraft. auf anhaengige verfahren finden die bisherigen vorschriften weiter anwendung.

das landesgesetzblatt ist um zwei schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei, wiener zeitung, 3, rennweg 12a, erhaeltlich. (pr)

0925

am freitag landtag und gemeinderat

9 wien, 24.2. (rk) der wiener landtag tritt am freitag, dem 28. februar (10 uhr) zu einer geschaeftssitzung zusammen. die tagesordnung umfasst drei gesetzesvorlagen.

im anschluss daran findet eine sitzung des wiener gemeinderates statt. auf der tagesordnung stehen bisher 44 geschaeftsstuecke, doch ist mit einem nachtrag zu rechnen. (pr)

0927

k o m m u n a l :

=====

klub der handelsraete war im rathaus

wien, 24.2. (rk) fuer die wirtschaftliche taetigkeit der stadtverwaltung, fuer ihre informationseinrichtungen und fuer den u-bahn-bau interessierten sich die mitglieder des internationalen klubs der handelsraete, die im rathaus zu gast waren.

wirtschaftsstadtrat hans m a y r verwies darauf, dass die hoheitsverwaltung der stadt wien mehr investiert, als jede einzelne der sparten industrie, handel, gewerbe und bau. diese vier sparten zusammen investieren nur doppelt so viel wie die stadt. das zeigt die enorme wirtschaftliche bedeutung der stadt, deren wirtschaftspolitisches ziel es ist, durch eine expansive wirtschaftspolitik die vollbeschaeftigung zu sichern.

mayr schilderte das fullservice, das die wibag fuer die ansiedlung und umsiedlung von betrieben bietet. seit 1969 wurden dadurch hundert betriebe auf fuenf millionen quadratmeter aufgeschlossenem betriebsbaugrund angesiedelt. die erschliessungskosten betragen in diesen fuenf jahren 774 millionen schilling, das investitionsvolumen 2,5 milliarden schilling. (sti)

+++

k o m m u n a l i n t e r n a t i o n a l :

=====

verkehrsplanung fuer den raum berlin

5 wien, 24.2. (rk) in uebereinstimmung mit der langfristigen verkehrsplanung der ddr, aber ohne ruecksicht auf bestehende politische grenzen hat ein westberliner senatsteam eine umfassende planung unter dem titel "nahverkehr" ausgearbeitet. der schwerpunkt liegt dabei auf dem ausbau des oeffentlichen verkehrs. aus derzeit 140 km s-bahn und 90 km u-bahn sollen 300 km verbundnetz werden, davon 160 km unterirdisch. daneben sind der ausbau des autobus- und taxibetriebes sowie die schaffung von acht fussgaengerzonen vorgesehen.

parallel zur steigerung der attraktivitaet des oeffentlichen verkehrs soll es zu einer "ertraeglichen einschraenkung" des individuellen verkehrs kommen. dazu heisst es im plan: "abgase und laerm sind im stadtgebiet unter besonderer beachtung von wohnbereichen zu verringern. der verkehr muss auf wenige uebergeordnete adern gebuendelt werden. die wohnbereiche muessen verkehrsberuhigt werden. erhaltenswerte bausubstanz ist zu sichern. naherholungsgebiete muessen ausgebaut, parks, plaetze und gruene strassenraeume als wohnahe kontakterholungs- und spielbereiche reaktiviert werden. bewegungsspielraeume fuer kinder und aeltere leute und volksgruppen ohne kfz sollten verbessert werden."

bundesverkehrsminister kurt g s c h e i d l e hat in einer ersten stellungnahme auf die ausserordentlich hohen kosten dieser planung hingewiesen. allein der ausbau der u-bahn wuerde fuenf milliarden mark (rund 36 milliarden schilling) erfordern. dabei haben die westberliner verkehrsbetriebe schon jetzt ein staendig steigendes defizit. (quelle ap) (sti)

0920

s p o r t :

=====

wiens "starke maenner" bekommen stemmer-zentren

6 wien, 24.2. (rk) die wiener gewichtheber, die bisher keine geeigneten sportstaetten zur verfuegung hatten und ihre sportliche taetigkeit in extrazimmern ausuebten, sollen auf anregung von sportstadtrat kurt h e l l e r schon in kuerze neue leistungszentren erhalten.

wie der stellvertretende leiter des sportamtes und ex-europameister im schwergewicht, ing. franz h o e l b l der rathaus-korrespondenz mitteilte, wird in wenigen tagen ein leistungszentrum fuer gewichtheber fertiggestellt sein. im erdgeschoss des klubhauses der wienerfelder sportanlage der stadt wien wurden raeume ausgebaut, die den "starken maennern" zur verfuegung stehen.

unter dem motto "stemmer heraus aus den gasthaeusern" will die stadt wien den einst so beruehmten "starken maennern von wien" neue heimstaetten schaffen, um diesem sport wieder zum erfolg zu verhelfen.

auch auf dem "auto-platz" in der kendlerstrasse in ottakring steht ein neues modernes sportzentrum fuer die wiener gewichtheber kurz vor der fertigstellung. (ka)

0921

w i r t s c h a f t :

=====

fuer abbau der bevorzugung ortsansaessiger betriebe

7 wien, 24.2. (rk) in wien wie in den anderen bundeslaendern und grossen gemeinden oesterreichs gibt es die sogenannte ''ortspraefferenz'' - die bevorzugung ortsansaessiger betriebe. wien hat nun, wie stadtrat hans m a y r der ''rathaus-korrespondenz'' mitteilte, die initiative zum abbau dieser regelung ergriffen.

wien wird dabei allerdings nicht einseitig vorgehen. es sollen vielmehr betriebe aus orten, die wiener betriebe gleichrangig behandeln, auch in wien ebenso wie wiener betriebe behandelt werden. die vorarbeiten fuer diese neuregelung sind so weit gediehen, dass in kuerze die verhandlungen mit den interessensvertretungen aufgenommen werden koennen.

die wiener initiative basiert auf einem spoe-antrag, der im mai 1974 vom gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. er sieht neben einem abbau der bevorzugung ortsansaessiger betriebe einen verstaerkten schutz vor unserioeser auslaendischer konkurrenz vor. die grundlegende ueberlegung war, dass ortspraeferenzen innerhalb eines kleinen wirtschaftsraumes wie oesterreich wenig sinnvoll sind.

gegenwaertig gilt in wien noch ein erlass des magistratsdirektors aus dem jahre 1967, der festlegt, dass bei der ausschreibung eines auftrages ein wiener betrieb bevorzugt werden kann, wenn ein nichtwiener als bestbieter um nicht mehr als 5 prozent unter dem anbot der wiener firma liegt. aehnlich sind auch die anderen derartigen regelungen in oesterreich. (sti)

0923

w i r t s c h a f t :

=====

diskussion um vergnuegungssteuer und getraenkesteuer

12 wien, 24.2. (rk) bei der behandlung von zwei oevp-antraegen kam es im finanzausschuss des gemeinderates zu einer diskussion ueber steuerprobleme. die antraege betrafen eine vereinfachung bei der einhebung der vergnuegungssteuer und die angleichung der getraenke- und gefrorenessteuertermine an die termine der mehrwertsteuer und der alkoholabgabe.

obersenatsrat dr. heinrich h o r n y stellte fest, dass die abschaffung der vergnuegungssteuer auf die konsumation eine erhoehung der raum- und eintrittspreisbesteuerung notwendig machen wuerde. nach uebereinstimmender ansicht der staedtischen finanzverwaltung und der handelskammer waere dies nicht zielfuehrend. eine vorgeschlagene befreiung von klein- und mittelbetrieben mit hoechstens zehn veranstaltungen pro jahr bezeichnete dr. horny als verwaltungsmaessig hoechst aufwendig.

zur vereinheitlichung der termine meinte dr. horny, dass schon seit 1973 die rund 12.000 getraenkesteuerpflichtigen betriebe die moeglichkeit gehabt haetten, durch einfachen antrag eine solche regelung bewilligt zu erhalten. trotz zweimaliger aufforderung haben jedoch nur 3,9 prozent der betriebe davon gebrauch gemacht.

gr. b l a u e n s t e i n e r (oevp) erklarte dazu, dass er sich eine mehrbelastung der verwaltung durch die steuererleichterung fuer klein- und mittelbetriebe nicht vorstellen koenne. mit dem antrag habe man vor allem angestrebt, das veranstaltungsangebot zu erhoehen, nicht zuletzt im interesse des fremdenverkehrs. was die vereinheitlichung der termine betreffe, so sei der angefuehrte prozentsatz unkorrekt, weil in wirklichkeit nur etwa ein drittel der angefuehrten 12.000 betriebe von der freiwilligen zusammenlegung gebrauch machen koennte.

str. h a n s m a y r (spoe) meinte, es sei kein zufall, dass diese fragen ausgerechnet zwei monate vor den handelskammerwahlen aufgerollt wuerden. die stadtverwaltung sei bereit, in einer politisch ruhigeren zeit, im herbst, intensive gespraechе

./.

mit der kammer ueber eine vereinfachung der steuerverrechnung zu fuehren. unter zustimmung beider parteien stellte er dazu fest, es bestehe uebereinstimmung darueber, dass dadurch die steuereinnahmen nicht geschmaelert werden duerften.

gr. s a l l a b e r g e r (spoe) begruesste die gespraechsbereitschaft und betonte, dass eine vermindering der besonders argen administrativen belastung des gast- und schankgewerbes notwendig sei.

der bericht von obersenatsrat dr. horny wurde mit den stimmen der spoe zur kenntnis genommen.

ein weiterer oevp-antrag betraf die erhoehung der budgetansaetze fuer bodenmarkierungen und verkehrslightsignalanlagen. gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) legte einen bericht des magistrats vor, aus dem hervorgeht, dass die budgetansaetze fuer die verschiedenen massnahmen der verkehrsregelung gegenueber dem vorjahr um 17 bis 28 prozent erhoehrt wurden. diese mitteilung wurde einstimmig zur kenntnis genommen. (sti)

k o m m u n a l :

=====

parkgebuehren und garagenfoerderung

11 wien, 24.2. (rk) der finanzausschuss des gemeinderates stimmte montag einer verordnung zu, mit der ab 14. april 1975 das parken in den wiener kurzparkzonen gebuehrenpflichtig wird. die parkscheine kosten fuer eine halbe stunde (rot) 2 schilling, fuer eine stunde (blau) 4 schilling und fuer eineinhalb stunden (gruen) 6 schilling. sie werden in den filialen der groesseren banken und sparkassen, in den betriebseigenen vorverkaufsstellen der verkehrsbetriebe und bei tankstellen erhaeltlich sein.

in zusammenarbeit mit der staedtischen versicherung werden die rund 420.000 privaten kfz-besitzer wiens schriftlich ueber die neuerung verstaendigt. jeder bekommt zugleich drei parkscheine fuer je eine halbe stunde gratis zugeschickt. die fachleute vermuten allerdings, dass etwa 10 prozent dieser zusendungen die adressaten nicht erreichen werden, weil die betreffenden kfz-besitzer eine aenderung ihrer anschrift nicht bei der versicherung gemeldet haben.

der ausschuss beauftragte gleichzeitig den magistrat, eine aktion zur foerderung des garagenbaus zu schaffen, wobei die einnahmen aus der parkgebuehr fuer diesen zweck verwendet werden sollen. es soll der bau gewerblicher garagen mit mindestens 300 stellplaetzen in den bezirken 2 bis 23 durch baukostenzuschuesse, im einnahmetraechtigeren 1. bezirk durch die uebernahme der mehrkosten fuer die umlegung von einbauten, fuer baumpflanzungen u. dgl. gefoerdert werden.

alle diese beschluesse wurden von der spoe-mehrheit gefasst. die oevp kuendigte fuer die gemeinderatssitzung am kommenden freitag, wo die endgueltige beschlussfassung erfolgen wird, stellungnahmen zur begruendung ihrer ablehnung an. (sti)